

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Organ des
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter vierzehntags-Beilage „Gärtner-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Inserate:

Die 44 mm breite Nonpareillezeile 30 Pfg.
Alleinige Annahmestelle
Josef Wichterich,
Verlag,
Leipzig, Schillerstr. 7
(Fernsprecher 2101)
und Berlin S. 14,
Kommandantenstr. 34
(Fernspr. Amt Mpl. 1567).

Erscheint

jeden Sonnabend,
jährlich 52 Nummern.

Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Abonnements durch
alle Postanstalten.

Redaktion und Expedition:
Berlin S. 42, Luisen-Ufer 1.

Eigentümer und Herausgeber
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.
Fernsprecher Amt Mpl. 3725.

Redaktionsschluß:
Jeden Dienstag Morgen.

Inhaltsübersicht: Zur Generalversammlung: XIII. bis XV. — In welchem Verbands finden die Kollegen der Stadtgärtnereien ihre beste Vertretung? — Stadtgärtnerei: Eine neue Lohnordnung für die städtischen Gärtner Leipzigs; Erfolge der Lohnbewegung in der Stadtgärtnerei Jena. — Die Lehrlingszucht in Breslau. — Allerhand Neuigkeiten aus Stuttgart (Logiszwang). — Aus unserm Berufe: Christliches; Hagen i. W.; Kelbra. — Rechtspflege: Gärtnerunternehmer und -Gehilfen ohne Lebensart und Erziehung; Gewerbegericht Pinneberg und die Gärtner. — Soziales: Gewerkschaftlicher Aufstieg; Unternehmerrückgang an die christlichen Gewerkschaften; Ein amtlicher Wegweiser zur Berufswahl; Ein Universitätsprofessor über die Ursachen der Landflucht; Ein amtliches Urteil über die Hintzgardisten; Zwölf Wohnungen für Schweizer in Gross-Berlin. — Bekanntmachungen. — Vereinsfestlichkeiten. — Literarisches. — Abrechnung der Hauptkasse. — Feuilleton: Freiheit.

Alle Mitglieder, die zum Militär kommen, haben ihre genaue jetzige Adresse sofort dem Vorstände ihrer Ortsverwaltung mitzutellen. Der Arbeitsmarkt ist überall sehr schlecht. Wir raten allen Mitgliedern, ihre Stellung zum Herbst nicht zu wechseln. Für die Hauptkassierer: Verzieht ein Mitglied, so ist die neue Adresse sofort dem Kassierer mitzutellen. Der Kassierer sende dann unverzüglich die Meldekarte an die Hauptverwaltung. Wer mit seinen Beiträgen in Ordnung ist, klebt jetzt in der 36. Woche.

Zur Generalversammlung.

XIII.

Mit der Veröffentlichung der Anträge zur 10. Generalversammlung unserer Organisation ist ein reges Leben in die Reihen unserer Mitglieder allerorts gekommen. Überall ein Diskutieren und Beraten über das, was diese Generalversammlung neues zu schaffen und welche Änderungen und Verbesserungen sie am alten vorzunehmen haben wird. Und führwahr, in den nahezu 200 Anträgen ist ein tüchtiges Stück Arbeit für die Delegierten enthalten. Ein großer Teil der gestellten Anträge sind so wichtiger Natur und von so einschneidender Bedeutung, daß sie das weitgehendste Interesse aller Mitglieder hervorrufen müssen.

Der Hauptvorstand beantragt die Anstellung eines Hauptkassierers. Das Wachstum der Organisation hat selbstverständlich eine Steigerung der Arbeit in der Hauptverwaltung zur Folge, so daß man ja bereits zur Einstellung einer Hilfskraft genötigt war. Der Anstellung eines Hauptkassierers unter Wegfall der Hilfskraft kann man die Zustimmung nicht versagen. Es ist ein unverantwortlicher Fehler, wenn aus solchen falschen Sparsamkeitsrücksichten die Überbürdung eines Angestellten mit Arbeit herbeigeführt wird. Ein sehr großer Teil von in der Arbeiterbewegung vorkommenden Unregelmäßigkeiten sind auf Überlastung der einzelnen Personen zurückzuführen, und die Verantwortung für solche Fälle kann nur die maßgebenden Instanzen treffen. Die Anträge 5 und 6 zu Punkt Presse möchte ich stark unterstreichen. Ich halte es überhaupt für sehr angebracht, daß größere politische Vorgänge, die unser Wirtschaftsleben und die sozialpolitischen Einrichtungen stark betreffen, in Zukunft in unserer Zeitung etwas eingehender behandelt werden. Auch würde ich es begrüßen, wenn das Inseratengeschäft ganz aus unserm Organ verschwinden würde, ausgenommen der Inserate von Zweigvereinen. Zum Streikreglement hat die Dresdner Verwaltungsstelle einige Anträge gestellt, die notwendige Verbesserungen anstreben. Der Umstand, daß nur solche Mitglieder Anspruch auf Streikunterstützung haben, die mindestens 26 Wochen Mitglied sind, ist unhaltbar. Es geht nicht an, die jungen Mitglieder von der Streikunterstützung auszuschließen, und von den Ortskassen ist es sehr viel verlangt, daß sie die Unterstützung dieser Kollegen zu übernehmen haben. Die Kosten für Lohnkämpfe sind Sache der Hauptkasse. Die Ortskassen werden durch die Agitation genug in Anspruch genommen. Dann sind die im Statut festgelegten Streikunterstützungssätze mindestens in der von Dresden beantragten Weise zu erhöhen,

was durch die obwaltenden Teuerungsverhältnisse genügend begründet wird. Die Arbeitslosenunterstützung bedarf keiner Änderung, da wir zu den heutigen Beiträgen bei den Höchstleistungen angelangt sind. Eine Erweiterung im Sinne des Antrag 50 würde ich eventuell befürworten. Im übrigen möchte die Arbeitslosenunterstützung auch im Falle einer Beitragserhöhung bleiben wie sie ist, da ich es für angebrachter halte, wenn die Leistungsfähigkeit der Organisation in anderer Weise erhöht wird. Die Erweiterung der Krankenunterstützung ist jedenfalls eine der wichtigsten Fragen, die die Generalversammlung beschäftigen werden, und schließe ich mich den diesbezüglichen Ausführungen der Kollegen Haucke und Klus-Hamburg voll und ganz an. Weiblichen Mitgliedern, die im Winter von der Beitragsleistung befreit sind, ist nur Krankengeldzuschuß und Sterbegeld zu gewähren. Auch würde ich es für sehr nützlich halten, daß den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ geliefert würde. Zur Erreichung einer weniger komplizierten Berechnung der auszahlenden Unterstützung empfehle ich die Annahme des Antrags 87. Der heutige Berechnungsmodus ist so kompliziert, daß man schon einige Zeit Mathematik studiert haben möchte, um sich darin zurechtfinden zu können. Den Antrag auf Aufhebung der Bezirkskassen halte ich für bedenklich. Es wird dadurch den Agitationsbezirken ihre Selbständigkeit genommen, außerdem wird die agitatorische Tätigkeit der Bezirksverwaltungen gehemmt, da dann zu allem erst die Einwilligung der Hauptverwaltung eingeholt werden muß. Das Kassenwesen wird ja schließlich etwas vereinfacht, die praktische Agitationsarbeit aber wird komplizierter. Ich vermute, daß die Aufhebung der Bezirkskassen ein Stück Begründung für die Anstellung des Hauptkassierers abgeben soll. Die Korrespondenz der Hauptgeschäftsstelle wird dabei bedeutend vermehrt, die einzelnen Bezirke werden davon aber wohl das Gegenstück von einem Vorteil haben. Der Organisation der Lehrlinge wird man ebenfalls größere Beachtung schenken müssen, und ist vor allem die Beitragsleistung der Lehrlinge festzulegen. Der Antrag 105 und die Anregungen des Kollegen Levinsohn enthalten sehr gute Vorschläge für die Aufklärung der Lehrlinge und auch der jungen Kollegen.

Nun zu den Anträgen, die eine Vermehrung der Beamten anstreben. Hierbei will ich mich speziell mit dem 5. Bezirk beschäftigen. Der Beschluß von 1909, wodurch der zweite Beamte in diesem Bezirk eingezogen wurde, hat sich gerächt. Wohl hat sich der Bezirk günstig weiterentwickelt, doch trifft dies nur von

den kleineren Orten zu. Die Hauptpunkte, Dresden und Leipzig, haben sich rückwärts entwickelt, und muß ich die Ausführungen des Kollegen Ehrlich-Leipzig unterstützen. Ein derart gefährliches Experiment hätte man mindestens an einem Bezirk versuchen dürfen, der für die Entwicklung unserer gesamten Organisation von solch wichtiger Bedeutung ist, wie grade Sachsen und Thüringen es sind. Oder haben unsere leitenden Stellen etwa vergessen, wo die ersten Scharfmacher unter den Arbeitgebern und das Gärtner-Großkapital sitzen? Wenn sich die Ziegenbalg und Konsorten in letzter Zeit weniger öffentlich bemerkbar gemacht haben, so doch nur deshalb, weil sie genau wußten, daß wir ihnen in keiner Weise gefährlich werden konnten. Wenn sich nun Dresden nicht so vorwärts entwickelt hat wie es sein könnte, so liegt dies hauptsächlich daran, daß der Beamte in der für die Agitation wichtigsten Zeit stets vollauf durch Bezirksarbeit in Anspruch genommen ist. Diese wird dadurch, daß der Sitz des Bezirksleiters im östlichsten Winkel liegt, bedeutend vermehrt und ungeheuer verteuert. Ich bin ja überzeugt, daß, wie die Verhältnisse 1909 lagen, Dresden einen Beamten für sich nicht halten konnte, aber auch heute und in der nächsten Zukunft noch nicht kann. Es hätte aber 1909 durch Wechsel der Person und Erweiterung des Tätigkeitsgebietes zum größeren Vorteil der gesamten Bewegung die Sache geregelt werden können. Es war aber eben hinter den Kulissen*) anders beschlossen. Kollege Busch führt nun in Nr. 33 als Gegenbeweis zu den Ausführungen des Kollegen Ehrlich verschiedene Zahlen an, durch die die Ausführungen Ehrlichs über die ungünstige Entwicklung der Leipziger Ortsverwaltung nach der Entziehung des Beamten widerlegt werden sollen. Beweisen tun die Zahlen im Grunde genommen nicht viel. Die Steigerung des Markenumsatzes in den letzten Jahren ist lediglich eine Folge der pünktlicheren Beitragsleistung, die aber allgemein festzustellen ist. Auch die Sache mit den Einzelmitgliedern verhält sich etwas anders, was in den hier am Orte befindlichen Büchern nachgewiesen werden kann. Dresden hat niemals Einzelmitglieder an Leipzig abgegeben. Wenn Kollege Busch weiter anführt, daß bei der Hauptverwaltung niemals Stimmen der Unzufrieden-

*) Laßt doch endlich mal die lächerliche Redensart von „Kulissenschieberei“ und dergleichen. Im besonderen ist die Lage des 5. Bezirks auf der 9. Generalversammlung in solcher Breite und Offenheit behandelt worden, wie nur wünschenswert. Es lag keinerlei Grund vor, anders zu verfahren. Es kämpften einfach die verschiedenen Meinungen gegeneinander. Die in solchen Fällen unterliegende Ansicht wird sich zumeist als verwegt angesehen und bei der andern Böswilligkeit und Ähnliches suchen. Als über den Dingen stehend sollte man höchstens von Irrtümern und Fehlgriffen sprechen. Die Redaktion.

heit über den Beschluß von 1909 eingegangen sind, so ist dies darin begründet, daß erst geraume Zeit nach der Generalversammlung Licht in die Vorgänge vor und während derselben gekommen ist. Dann haben wir uns eben gesagt, daß alles lamentieren vergebens ist, die Sprache haben wir aber nicht verloren, um mit Kollegen Höser zu reden, wir haben uns aber angewöhnt, mehr Taten als Worte zu zeigen. Wir haben unsere Worte für den rechten Zeitpunkt aufgehoben, und der ist jetzt gekommen.
H. Wagner, Dresden.

XIV.

Die mannigfachen Anträge sind zur Generalversammlung eingelaufen. Es ist deshalb angebracht, daß schon vorher die Meinungen der Kollegen gehört werden. Allseitig stellt man sich auf den Standpunkt des Hauptvorstandes, dem Kollege Busch Ausdruck gab. Tiefgreifende Änderungen brauchen nicht vorgenommen werden. Unsere Leistung ist dem Beitrag entsprechend hoch; eine vielfach gewünschte Erhöhung der Unterstützungen, wie Sterbe-, Umzugsunterstützung, ist nach meiner Ansicht nicht nötig, mit Erhöhung derselben müßte eine weitere Erhöhung der Beiträge eintreten. Es steht ja dem gegenüber, daß eine Erhöhung der Beiträge noch nie unsern Verband aufgehoben hat, er hat sich trotzdem entwickelt, aber wir sind noch immer am Aufbauen, Werben, das sollten wir nicht vergessen.

Eine neue Beitragsklasse einzuführen und als Gegenleistung Krankengeld zu gewähren, halte ich für angebracht. Dann sollte dieses aber keine Pflichtkasse sein. Für unbedingt notwendig erachte ich, daß den ungelerten Arbeiterinnen und Arbeitern mehr Aufmerksamkeit gezollt wird. Es sind dazu einige Anträge gestellt. Wer das Glück hatte, in Samenbauebenen zu agitieren, wird die Anregung des Kollegen Busch begrüßen. Die Arbeitsfrauen sind meist Frauen, deren Männer in andern Berufen organisiert sind. Wenn man sich auch keine Illusionen machen soll, etwas muß getan werden. Ich erinnere mich an einen Ort, wo man mich auf die Arbeitsfrauen aufmerksam machte mit der Begründung: „Wenn ihr die habt, ist gewonnen.“

Wir sehen also noch auf der ganzen Linie ein weites Agitationsfeld. Besonders in den Land- und in den Kleinstädten sind noch tausende von Kollegen. Die Großstädte sind den kleinen voraus. Der Lohn ist durchschnittlich höher, die Ausgaben ohne großen Unterschied. Aus diesem Anlaß sind an Orte eine größere Zahl seßhafter Kollegen. Mit der Seßhaftigkeit wächst das Ansehen und die Werbefähigkeit der Zahlstellen. Das ist ein großer Vorteil gegen die kleinen Orte. Wir, die wir an kleinen Orten unter schwierigen Verhältnissen arbeiten, haben deshalb den Antrag Iserlohn eingebracht, der die 2 Pfg. pro Marke Bezirkskassierung aufgehoben wissen will oder sie auch den kleineren Zahlstellen zu bewilligen. Wir sind der Ansicht, daß unsre Bezirkskassierer ein viel ausgedehnteres Gebiet zu bearbeiten haben als die Großstädte, es also nur gerecht ist, wenn auch sie den Betrag von 2 Pfg. pro Marke bekommen. Unsre Ortskassen haben heute prozentual mindestens

dieselben Agitationsauslagen; das heißt, es ist genug für die Kollegen aus der eignen Tasche zuzulegen. Es ist deshalb nicht gerecht, daß diese 2 Pfg. noch aus der Ortskasse genommen werden.

Unser Fachblatt hat sich vollkommen bewährt. Grade dieses kleine Format entspricht unsern Wünschen. Es ist deshalb nicht angebracht, demselben eine andre Form zu geben. Können jedoch Mittel flüssig gemacht werden, um ein acht-tägiges Erscheinen zu ermöglichen, würden es die Kollegen allseitig begrüßen.

H. Semmler, Hagen i. W.

XV.

Nochmals zur Teilung des fünften Bezirks.

Die erschienenen Artikel über diesen wichtigen Punkt geben mir Veranlassung, auch das Wort zu ergreifen. Es ist meine Pflicht, mich in erster Linie vor allem mit denen zu befassen, die zur Erwidern herausfordern. Es sind dies die Ausführungen der Kollegen Vogelmann und Gaber. Man sucht nach allen erdenklichen Mitteln und Wegen, um die Leipziger Kollegenschaft abermals hintenan zu setzen. Bei den Ausführungen des Kollegen Vogelmann, daß für den Beamtensitz Halle a. S. ernstlich in Frage kommt, kann man sich eines verlegenen Lächelns nicht erwehren. Auch scheint es für V. nötig, daß der Sitz des Beamten das Zentrum des Bezirks bilden soll. Geographische Gründe sind wohl für Halle maßgebend, weniger aber wirtschaftliche, besonders aber organisatorische. In Halle selbst ist am allerwenigsten herauszuholen, sondern maßgebend für uns sei vielmehr, daß vor allem dort Beamte angestellt werden, wo sich solche am betreffenden Orte rentieren. Der rein finanzielle geschäftliche Punkt ist hier das entscheidende. Mit Recht schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Link an (siehe Nr. 34 der A. D. G. Z.). Hundert Mitglieder können in der Ortsverwaltung Leipzig allein für die Organisation noch gewonnen werden, doch unabhängige Kräfte sind dann erforderlich. Leipzig allein ist der Ort, wo sich die Anstellung eines Beamten von Anfang an rentiert.

Daß ein Beamter als Bezirksbeamter gedacht ist, wird auch den Leipziger Kollegen einleuchten. Die Ausstellung eines Dummheitszeugnisses den Leipziger Kollegen gegenüber durfte sich Kollege Vogelmann ersparen. Ist denn bei der jetzigen Beschaffenheit des Bezirks der Sitz des Beamten in der Mitte? Nach solcher Ansicht müßten wir wohl oder übel einmal in die Verlegenheit kommen, den Beamten auf ein beliebiges Bauerngut zu stationieren.

Auf einen Vertreter auf der Thüringer Konferenz hat Leipzig aus eigener Initiative verzichtet. Man wußte ja im voraus, daß man dort auch des längern sich mit diesem Punkt befassen würde, trotzdem man von vornherein solches als Nebensächlichkeit hinzustellen suchte. Es zeigt dies das Protokoll mit aller Deutlichkeit; doch die Generalversammlung entscheidet darüber, und das genügt uns.

Kollege Gaber stellt alsdann die Gartenindustriestadt Erfurt als denjenigen Ort hin, wo bei eventl. Anstellung eines Beamten die Rentabilität

gesichert erscheint. Daß dort einige Tausend unsrer Berufsangehörigen in Frage kommen, will ich und wird jeder andre recht denkende Kollege nicht ableugnen. Es wird jedoch immer, wie auch jetzt noch auf der letzten Konferenz, darauf hingewiesen, daß die Agitation nicht öffentlich betrieben werden darf. Meinen denn diejenigen Kollegen, die jetzt für den Beamtensitz in Erfurt eintreten, daß davon die Unternehmer und Ausbeutungsklasse nicht Wind bekommen würden? Man wird sich umso mehr und mit aller Energie gegen uns wenden. Das Endergebnis ist dann nicht Hebung der wirtschaftlichen Lage, sondern wirtschaftliche Schädigung der Organisation. Man soll nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen, sondern soll vielmehr versuchen, die uns noch fremd gegenüberstehende Masse Stück um Stück zu gewinnen. Man greift dieserhalb unerwarteter Weise ein, wo und wann eben die Zeiten am günstigsten liegen.

Erstaunlich ist, daß uns Leipziger Kollegen grade vonseiten des dortigen Bezirks — doch pardon, soweit sind wir noch nicht ganz — das Recht auf Anspruch eines Beamtensitzes entgegen gehalten wird. Man will uns wahrscheinlich Konkurrenz machen? Andererseits wird jedoch zugegeben, daß Leipzig unter schweren Verhältnissen zu leiden hat, und daß mit der Einziehung des Beamten im Jahre 1909 ein Fehlgriff getan wurde. Ich muß diese Ausführungen als wahrhaft gerecht betrachten; denn daß sich Leipzig auf tapferer Höhe gehalten hat, wie unter andern gleichfalls schon angeführt wurde, ist ein Irrtum. Wer einigermaßen über die Verhältnisse am Ort unterrichtet ist, wird zugeben, daß wir nicht vorwärts schreiten, sondern daß der Krebsgang sich der Ortsverwaltung Leipzigs bemächtigt hat. Dies ist erkenntlich aus nachfolgender Berechnungstabelle. Vorausschicken will ich, daß nunmehr auch die Berechnung des Kollegen Busch, betreffs der Jahre 1908 und 1909, nach der Berichtigung des Kollegen Haucke, eine nennenswerte Änderung erhält. Waren es doch diejenigen Jahre, während welchen ein Beamter in Leipzig stationiert war. Der Markenumsatz betrug jährlich 1907: 4570; 1908: 6102; 1909: 7655; 1910: 6683; 1911: 6731. Dem gegenüber steht ein Mitgliederbestand, berechnet nach dem Durchschnitt des Jahres 1907: 114; 1908: 152; 1909: 191; 1910: 157; 1911: 158. Der Verlust an Mitgliedern nach Aufhebung des Beamtensitzes im Jahre 1909, im Vergleich zu 1911, beträgt demnach im letzteren 30 und kommt einem jährlichen Markenverlust von 1200 sowie einem finanziellen Verlust (rechnen wir pro Kopf und Jahr 24 Mk.) 720 Mk. gleich. Bei einem Verbleiben des Beamten an Orte hätte man aber bestimmt auf eine gleiche jährliche Steigerung der Mitgliederzahl rechnen können, sodaß wir für das Jahr 1912 wenigstens die Mitgliederzahl von 275 erreicht hätten. Bei einer solchen Zahl wäre demnach der jährliche Markenumsatz 1280, verbunden mit einer Einnahme von 6 600 Mk., währenddem wir uns in Wirklichkeit nach der verfloßenen Geschäftsperiode 1911 mit einer Mitgliederzahl von 158, einem Markenumsatz von 6 731 und einer Einnahme von 3 792 Mk. zufrieden geben müssen. Die finanzielle Schädigung ist, im Grunde genommen, noch etwas höher als diese

Feuilleton.

Freiheit.

Von Otto Hans.

Wir, die wir von der Erde leben, wir lieben sie und kennen sie doch nicht.

Wir ersticken im Staub und im Zwang und in den Sorgen, im Kummer um unser täglich Brot und in der Verzweiflung über das Elend unsrer Kinder.

Wer doch einmal frei sein könnte, den Staub abschütteln von Herz und Leib und atmen könnte, frei atmen die köstliche Luft um uns!

Unsre Kinder! Wer doch frei und stark sein könnte für unsre Kinder!

Wir sind reif geworden und Männer geworden, haben Stürme an unsrer Stirn aufgefangen und sind Kämpfer geworden, aber wer gibt uns Entschädigung für unsre verlorene, verkümmerte, elende Jugend, dieses heilige Recht der Kinder, dieses Glück, nach dem wir noch am Grabe schmachten?

Unsre Jugend wurde uns geraubt, wer will sie uns ersetzen?

Bedenkt ihr Männer, unsre Kinder sollen auch keine Jugend haben, sie sollen keimen und wachsen ohne Licht und Luft, ohne Sonne und Frühling, unsre armen Kinder!

Wir wollen uns alle in die Hand versprechen, stark zu sein um unsrer Kinder willen!

Aber hört, was mir einst den Gedanken an Freiheit ins Herz graben und woher ich eine solche Sehnsucht nach Freiheit in mir trage.

Auf meiner Wanderschaft im fremden Lande kam ich durch ein kleines Städtchen am Meere.

Enge aber saubere Gäßchen und niedere, aus dunklem Stein erbaute Häuschen sind die Wohnstätten einer kleinen, armen, aber unendlich fleißigen Gemeinde von Fischern.

Es ist eine starke, helläugige und charakterfeste Bevölkerung, sie arbeiten hart und leben bescheiden.

Jeder hat nur noch ein kleines unwirtliches Stück Heidefeld, dort pflanzen sie ihre Kartoffeln und Rüben und lassen Kuh, Pferd und Ziege weiden.

Das Pferd ist ihr treuester und anhänglichster Hausgenosse, und es hat sich dort dank der warmen und liebevollen Pflege eine selten edle und mutige Rasse entwickelt.

Seit Jahrhunderten besteht in dem kleinen Landdistrikt die Sitte, diesen braven Freunden der Menschen, wenn die Sonne abends im Meere versinkt, Zaum und Zügel abzustreifen und ihnen für die lange Nacht ihre Freiheit wiederzugeben.

Nun grasen sie und springen und wiehern und tummeln sich nach Herzenslust in Flur und Heide und finden doch am Morgen ihren Weg in den Stall zurück.

Als ich einst nachts in meine Herberge zurückkehrte, hörte ich aus der Ferne ein Geräusch, als wenn vier Hämmer in kurzen, gleichmäßigen Zwischenräumen mit voller Wucht auf die Steine niederfielen, es klang hell, kurz und abgerissen und kam immer näher und wurde lauter und hastiger und gellender und wand sich durch die Gäßchen mit metallischem Echo, alle Winkel und Häuserecken waren voll der Hammerschläge.

Ich hatte kaum Zeit, mich zu besinnen und umzudrehen, da stürmte schon in sausendem Galopp, wie die Windsbraut, mit fliegenden Mähnen und geblähten Nüstern ein Pferd an mir vorüber, begrühte flüchtig, doch scharf, mit den Hufen die Steine und flog um die Ecke.

Es war ein herrlicher Blick der Freiheit und Kraft.

Diese bis aufs äußerste angespannten Muskeln der Schenkel und des Halses, Mut, Schönheit, Gewandtheit, Übermut, Stärke und ein toller Freiheitsrausch, alles bei einem Tier, das sich nur freut, wenn es essen, trinken und schlafen kann und keine geistigen Bedürfnisse kennt, keinen Schmerz, keinen Zwang, keine Erniedrigung.

Was müssen das für Menschen sein, die in schwerer Arbeit und hart gedrückt ihren Tieren eine solche Freiheit gewähren.

Wer doch einmal frei sein könnte und atmen könnte!

(Volksstimme, Frkf. a. M.)

Kollege Ehrlich festgestellt hat. Eine Behauptung, daß sich Leipzig noch tapfer gehalten hat, ist nunmehr hinfällig.

Wer kann es denn den in der Agitation tätigen Kollegen verdenken, wenn auch diese ihren Dienst der Organisation versagen? Mit volstem Recht kann man von einer Mißwirtschaft sprechen. Ja noch andre Gründe sind vorhanden, die diesen Ausdruck rechtfertigen. Man verlangt von den Leipziger Kollegen Beweismaterial; nun denn, daran soll es nicht fehlen, hier gleich einige Beispiele: Ich muß dabei auf die Vergangenheit zurückgreifen und zwar auf die Bewegung in der Handelsgärtnerei im Mai 1911 (ich verweise dabei auf die Minnummern der A. D. G. Z.), in dem Falle Erikenfirma Lehmann. Dieser Fall zeigt mit genauer Deutlichkeit, daß es nur an einer unabhängigen, agitatorischen Kraft fehlte, die im gegebenen Moment anwesend war. Das gleiche gilt auch von der Sektion der Stadtgärtner. Die Organisationszugehörigkeit unter den in städtischen Betrieben beschäftigten Kollegen hätte schon weit besser Fuß gefaßt, wenn eben der ganzen Sache mehr Beachtung geschenkt würde. Allein, ein solches Maß von Arbeit ist dem beruflich tätigen Kollegen zuviel. Die ganze Arbeit ruhte auf dem Bezirksleiter, dieser jedoch konnte nicht immer zur günstigsten Zeit anwesend sein, da seine Anwesenheit anderweitig benötigt wurde. Noch ein Fall: Wie bei jeder größeren Lohnbewegung, ist es Pflicht der Organisation, Bericht über den Verlauf der Bewegung zu erstatten, dies sollte auch in Leipzig in Betreff des diesjährigen Landschaftsstreiks geschehen. Eine dazu einberufene gutbesuchte Versammlung, wie sie Leipzig seit Jahresfrist nicht zu sehen bekommen hatte, war zu verzweifeln. Die Berichterstattung hatte Kollege Haucke übernommen, doch wartete man vergeblich auf den Referenten. Dringende anderweitige Gründe hatten denselben am Erscheinen verhindert, und so mußten die Versammelten unrichtiger Sache abziehen.

Kann man etwa durch mißglückte Bewegungen einerseits und durch eigene Vernachlässigung der Mitglieder andererseits, wie im letzten Falle, einer Organisation dienen, lediglich, weil es an Kräften fehlte, die es verstanden, jedem seine rechten Wege zu weisen? Diejenigen Mitglieder, besonders aber die Funktionäre, die sich stets in den Dienst der Organisation stellen, stumpfen unwillkürlich in einer solchen Verwaltungsstelle ab, indem sie einsehen müssen, daß ihre Arbeit umsonst, daß der Samen, der ihrerseits fortgesetzt ausgesät wird, weder Erfolge noch Früchte zeitigt. Ist man dann nicht berechtigt, von einem Siechtum der Ortsverwaltung zu sprechen? Hoffen wir, daß die 10. Generalversammlung dieser wichtigen Sache Beachtung schenkt und Mittel und Wege sucht, um wieder nach Möglichkeit alles in rechte Bahnen zu lenken.
Paul Donath, Leipzig.

In welchem Verbands finden die Kollegen der Stadtgärtnereien ihre beste Vertretung?

Diese Frage ist von uns stets dahin beantwortet worden: In der Berufsorganisation, die Gärtner also im A. D. G. V. Und begründet haben wir das immer mit dem Hinweis, daß die Gemeinde die Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Angestellten stets ordnet und ordnen wird unter Berücksichtigung der Verhältnisse jedes einzelnen Berufs, jener Verhältnisse nämlich, die bei den gewerblichen Privatunternehmern herrschen, in unserm Falle in der Gewerbe-gärtnerei. Nachweise dieser Art bringen u. a. auch die jüngsten Berichte über die neue Lohn- und Arbeitszeitreglung in den Stadtgärtnereibetrieben der Städte Hamburg und Köln a. Rh. (siehe A. D. G. Z. 1912, No. 28). Andre Nachweise möge man nachlesen in 1910, Seite 116, Artikel: „Aus Rücksicht auf die Privatunternehmer“.

Unsre Auffassung von diesen wirtschaftlichen Zusammenhängen und damit auch der zweckdienlichsten Organisationsform wird uns auch von einer Stelle bestätigt, die daran keinerlei „Partei“-Interesse hat, der es sonst gleichgültig sein kann, ob die Arbeitskollegen sich ihrem Berufs- oder dem Gemeindearbeiterverband anschließen. Es ist der anerkannt kenntnisreichste Kommunalpolitiker innerhalb der sozialdemokratischen Partei, der Reichstagsabgeordnete und voriges Jahr Oberbürgermeisterkandidat Dr. H. Lindemann, der sich in der „Kommunalen Praxis“ (20. April 1912) hierzu äußert. Lindemann bespricht in zwei Artikeln „Die

Gemeindearbeiter und ihre Organisation“, und er sagt darin:

„Die sieben dem Internationalen Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe“ angeschlossenen Verbände haben zur Grundlage ihrer Organisation die Gemeinde und umfassen das gesamte Personal der Gemeindebetriebe und vielfach auch der Staatsbetriebe, ohne Rücksicht auf die Berufe, die die einzelnen in den Gemeindebetrieben beschäftigten Personen ausüben. Das ist eine wesentliche Differenz gegenüber den andern gewerkschaftlichen Organisationen, die vorwiegend Berufsvereinigungen sind oder die wenigstens in dem zu bearbeitenden Materiale eine gewisse einheitliche Unterlage haben, wie die Industrieverbände der Metallarbeiter und Holzarbeiter. Die Verbände der Gemeindearbeiter vereinigen dagegen so durchaus verschiedene Berufe wie Maschinisten, Mechaniker, Straßenreiner, Bauarbeiter, Arbeiter auf Klär- und Rieselfeldanlagen, Gärtner, Forstarbeiter, Schulheizer, Krankenschwäger usw. in ihren Organisationen. „Wir halten es für selbstverständlich“, bemerkt dazu der Bericht des Verbandes der Gemeindearbeiter, „daß dem gemeinsamen Arbeitgeber, der für seine Arbeiter gemeinsame Einrichtungen hat, auch eine in ihrer Gewerkschaft gemeinsame Arbeiterschaft gegenübersteht, ganz gleichgültig, ob sie verschiedenen Ressorts angehören oder verschiedene berufliche Tätigkeit ausüben.“ Es ist nicht zu verwundern, daß diese

An die militärpflichtigen Mitglieder!

Kollegen, die im Herbst zum Militär kommen, haben zu beachten: Die Beiträge müssen bis Ende September bezahlt sein. Mitglieder, die schon vorher arbeitslos werden oder zuhause sind, können für die betreffenden Wochen Arbeitslosenmarken kleben.

Das Mitgliedsbuch ist während der Militärdienstzeit bei der Hauptverwaltung zur Aufbewahrung zu hinterlegen. Der Zuverlässigkeit halber ist es besser, wenn jedes Mitglied sein Buch direkt einschickt. Jeder Kollege verlange über sein abgeliefertes Buch eine Bescheinigung.

Ist das Mitgliedsbuch so geordnet, so kann jedes Mitglied bei seiner Entlassung vom Militär sofort seine Unterstützungsrechte in Anspruch nehmen.

Die Hauptverwaltung.

Auffassung der Verbände der Gemeindearbeiter von andern Gewerkschaften nicht geteilt wird und daß über die Abgrenzung der Organisationsgebiete zwischen den verschiedenen Verbänden Differenzen entstehen.

Mit der Abgrenzung des Organisationsgebietes und der Grenzstreitigkeiten beschäftigen sich beide Jahresberichte des Verbandes der Gemeindearbeiter für die Jahre 1909 und 1910. In beiden wird der Satz aufgestellt: für die Gemeinde- und Staatsbetriebe muß die gewerkschaftliche Vereinigung naturnotwendig eine Betriebsorganisation sein, der alle Arbeiter, ob gelernte oder ungelernte, des ganzen Betriebes angehören. Diese Organisationsform wird bedingt durch den gemeinsamen Arbeitgeber, durch die Betriebseinrichtung sowie durch das Interesse des einheitlichen Handelns und geschlossenen Vorgehens bei den Bewegungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Die heutige Zersplitterung in verschiedene Berufsverbände schwäche den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gemeinde- und Staatsbetrieben. Diese Begründung für die vom Gemeindearbeiterverband gewählte Abgrenzung seines Organisationsgebietes hat sehr große Schwächen, die, wie nicht weiter zu verwundern, von den mit ihm konkurrierenden Gewerkschaften, wie z. B. dem Gärtnerverbande u. a., ganz zutreffend herausgestellt wurden. Man kann die Gemeinde nicht als einen Betrieb bezeichnen und sagen, die Organisation

der Gemeindearbeiter müsse eine Betriebsorganisation sein. Denn die verschiedenen von der Gemeinde unterhaltenen Betriebe haben miteinander nicht das geringste zu tun, gemeinsam ist ihnen allen nur der Unternehmer, die Gemeinde. Man kann auch nicht einmal behaupten, daß eine Einheitlichkeit in dem gemeinsamen Charakter der Betriebsführung als einer öffentlich-rechtlichen bestände. Wohl dient ein Teil der Gemeindebetriebe, wie Kanalanreiner, Straßenreiner, Badewesen, Krankenhäuser usw., der Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben. Von einem andern Teile aber, wie Gaswerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, läßt sich dies nicht behaupten. Sie dienen zwar der Öffentlichkeit und befriedigen bestimmte Bedürfnisse, die die Einwohnerschaft der Gemeinde in der Mehrzahl ihrer Glieder oder in allen hat, aber die Betriebe sind keine öffentlich-rechtlichen. Auf die angebliche Einheit des Betriebes kann also die Abgrenzung des Organisationsgebietes nicht gestützt werden. Eben-sowenig auch auf die Gemeinsamkeit des Arbeitgebers. Es ist auch in der privaten Industrie nichts Seltenes mehr, daß eine größere Zahl der verschiedensten Betriebe sich in den Händen eines und desselben Unternehmers befindet. Man denke nur an den Norddeutschen Lloyd mit seinen Möbelfabriken, Konservenfabriken usw. Etwas anders ist das dritte Moment, die Einheitlichkeit des Handels und des geschlossenen Vorgehens bei Lohnbewegungen zu beurteilen. Doch zeigen auch hier Vorgänge in der Privatindustrie, daß die Lohnbewegung der einen Berufsart durch die Arbeiter anderer Berufsarten unterstützt wird, die in der gleichen Unternehmung tätig sind. Man kann sich also sehr wohl vorstellen, daß, wenn z. B. die Ofenarbeiter in einer Glasfabrik in eine Lohnbewegung eintreten wollen, sie sich zuvor der Unterstützung der Maschinisten und Mechaniker in der gleichen Arbeitsstätte versichern, ohne daß es notwendig wäre, daß beide Berufsarten in ein und derselben Gewerkschaft organisiert sind. In der Regel wird auch der Gemeindearbeiterverband nicht daran denken, wenn die ihm angeschlossenen Gasarbeiter in einer Stadt streiken, nun auch ohne weiteres die sämtlichen übrigen städtischen Arbeiter herauszurufen. Ausnahmefälle, wie z. B. in Kiel, widersprechen dieser Tatsache nicht. Doch kann zugegeben werden, daß es im allgemeinen nicht unzweckmäßig ist, Lohnverbesserungen für alle städtischen Arbeiter gleichzeitig und einheitlich vorzunehmen, obschon dadurch das Tempo der Hebung des allgemeinen Lohnniveaus der städtischen Arbeiterschaft kaum beschleunigt werden dürfte. Denn da derartige allgemeine Lohnerhöhungen gleich recht beträchtliche Summen erfordern, so entschließen sich die städtischen Verwaltungen natürlich nur dazu, sie in größeren Abständen vorzunehmen.“

Lindemanns Darlegungen erscheinen uns wert, daß unsre Kollegen sie sich merken und bei Gelegenheit benützen.

Die Berufsorganisation ist die beste Vertretung für die Kollegen auch der Stadtgärtnereien, das muß jeder zugeben, der die Dinge rein sachlich würdigt.

Stadtgärtnerei.

Eine neue Lohnordnung für die städtischen Gärtner Leipzigs.

Am 1. Oktober dieses Jahres tritt für sämtliche städtischen Arbeiter Leipzigs eine neue Lohnordnung, verbunden mit einer Regelung der Arbeitszeit, in Kraft. Seit mehreren Jahren fordert die organisierte städtische Arbeiterschaft Leipzigs eine durchgreifende Reform der Lohnordnung, wie auch eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit. Nun endlich ist das „große“ Werk des Rates soweit gediehen; aber was es bringt, ist für viele städtische Arbeiter eine bittere Enttäuschung, nur wenige kommen bei dieser Reform gut weg. Die Gärtner hatten von allen die Forderung auf Einführung von Wochenlöhnen für sämtliche Gärtner gestellt; diesem Wunsche ist ja auch entsprochen worden, aber in sehr niedrigen Sätzen. Die Lohnordnung umfaßt im ganzen 7 Klassen für volljährige männliche Arbeiter; die Gärtner sind in die 4. und 5. Klasse eingereiht, diese staffelt sich in folgender Weise:

Lohnsätze im Beschäftigungsjahre:

Lohnklasse	1. 2. 3. 4. 5. u. 6. 7. u. 8. 9. u. 10. 11. u. 12. vom 13. an												
	1.	2.	3.	4.	5. u. 6.	7. u. 8.	9. u. 10.	11. u. 12.	13.	an			
IV. Wochenlohn	25	26	27	28	29	30	31	32	33	M.			
V. Wochenlohn	24	24,60	25,20	26	27	28	29	30	31	M.			

Die Lohnklasse IV ist für die Gärtner zweifellos die Günstlingslohnklasse, die Lohnklasse der sogenannten „Schmuser“ und Speichellecker, denn es ist den Herren Vorgesetzten freigestellt, in die Lohnklasse zu bringen, wen sie wollen. Hat nun einer dieser Herren mal einen guten Bekannten, die einen Gärtner beim Rate unterbringen will, so wird dieser zweifellos gleich in die höhere Lohnklasse kommen. Eine Gemeindeverwaltung, die solches Günstlingsystem, eine solche Vetternwirtschaft einführt, kann nicht grade als mustergültig bezeichnet werden.

Zu bemerken ist noch, daß die Gärtner der Krankenhäuser nur in die niedrigere Lohnklasse kommen sollten; was für Gründe dazu vorliegen, entzieht sich unsrer Kenntnis; die Herren Stadtverordneten haben jedenfalls hierzu auch noch ein Wörtchen mitzureden, denn die Lohnordnung ist nur erst von den Herren Stadträten genehmigt worden. Unsrer wichtigste Aufgabe ist jetzt, darauf hinzuwirken, daß die Gärtner ohne Ausnahme in die IV. Lohnklasse kommen, denn wenn die Vorlage einmal angenommen ist, ist auf Jahre hinaus an eine Lohnerhöhung nicht zu denken.

Erfolge der Lohnbewegung in der Stadtgärtnerei Jena.

Eine lange Lohnbewegung führten die Kollegen der Jenaer Stadtgärtnerei. Bereits am 1. Sept. 1911 wurden die Forderungen an den Gemeinderat eingereicht. Diese lauteten im wesentlichen: 1. Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pfg. für 1912, 2 Pfg. für 1913, 2 Pfg. für 1914. 2. Im Krankheitsfall soll die Stadt die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zunächst auf drei Wochen ausbezahlen. 3. Bei eingetretener Arbeitsunfähigkeit soll die Stadt eine nach den Dienstjahren entsprechend gestaffelte Pension gewähren. 4. Die Mäher erhalten für ihre anstrengende Tätigkeit täglich 50 Pfg. Extraentschädigung.

Diese Lohnbewegung wurde von allen städtischen Arbeitern gemeinsam geführt. Es zeigte sich aber bald, daß es besser ist, wenn unsre Kollegen in Zukunft allein vorgehen. Die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat rieten uns, zunächst eine Teuerungszulage zu verlangen, und dann sollte im Frühjahr 1912 die laufende Lohnerhöhung eintreten. Wir akzeptierten auch diesen Vorschlag, weil wir wußten, daß unsre Eingabe infolge dringender Aufgaben der Stadt wie Gemeinderatswahlen, Revision aller städtischen Einrichtungen, Bücher, Belege, Kassen usw. (im Herbst waren zahlreiche Unterschlagungen und Veruntreuungen von städtischen Beamten vorgekommen) im Plenum des Gemeinderats sobald nicht zur Beratung kommen würde. Auch die Gemeindeglieder, als größte der in Frage kommenden fünf bis sechs Organisationen, waren anfangs Feuer und Flamme für diesen Plan. Im letzten Augenblick fielen sie aber um, etwa wie die Liberalen im Reichstag, wenn Regierung und Konservative „Wünsche“ haben. Wir Kollegen waren hauptsächlich deswegen für die Anregung der Arbeitervertreter, weil begründete Aussicht vorhanden, daß bei den Gemeinderatswahlen die Sozialdemokratie die Mehrheit im Gemeinderat erringen würde. Eine solche Möglichkeit kann ein gewandter Taktiker gar nicht hoch genug einschätzen. Das wäre für unsre Lohnbewegung gewonnenes Spiel gewesen. Heute besteht der Gemeinderat je zur Hälfte aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Vertretern. Monatlang hörten wir nichts mehr von der Sache. Die Mühlen Jenas mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein. Im Januar oder Februar wurde dann der Arbeiterausschuß, worunter auch unsre zwei Kollegen, zusammenberufen und mit demselben die einzelnen Positionen der Forderungen durchberaten. Wieder blieb es zwei bis drei Monate still. Da wandten wir uns an den zweiten Vorsitzenden des Gemeinderats, ebenfalls ein „Sozialer“, mit der Bitte um tüchtigste Beschleunigung der Angelegenheit. Das wurde uns auch versprochen und zugleich betont, daß die sozialdemokratische Fraktion dafür eintreten werde, daß die Zulage rückwirkende Kraft bekäme, bis Beginn dieses Quartals, in dem das Gesuch verabschiedet wurde. Mittlerweile war es Juni 1912 geworden. Unsrer Juni-Versammlung verlief sehr erregt. Stimmen wurden laut, nach denen Kollegen „aus-treten wollten, wenn die Organisation nicht bald

energisch eingriffe.“ Das war nun freilich mehr auf das Konto spontaner Erregung als wie auf das der reiflichen Überlegung zu setzen. Einstimmig wurde beschlossen, die zwei Kollegen des Ausschusses vorzuschicken. Diese erhielten den Bescheid, daß die Forderungen noch bei der Finanzkommission liegen, die ganze Sache aber in Kürze geregelt würde. Da endlich, am 17. Juli, wurde den Kollegen vom Herrn Stadtgärtner eröffnet, was bewilligt worden war.

An der Bewegung waren 19 Personen beteiligt. Zulage erhielten: ein Kollege 4 Pfg. pro Stunde, für die drei folgenden Jahre je 2 Pfg., im ganzen also 10 Pfg. Drei Kollegen je 3 Pfg. für 1912, für die drei folgenden Jahre je 2 Pfg. pro Stunde, im ganzen also 9 Pfg. in vier Jahren. 14 Kollegen in vier Jahren je 2 Pfg. pro Stunde. Ein Kollege, der noch kein volles Jahr beschäftigt war, erhielt für das erste Jahr keine Zulage, was wir als eine Ungerechtigkeit bezeichnen müssen.

Große Verstimmung rief unter den 14 ungelerten Kollegen die Tatsache hervor, daß den Gelernten im ersten Jahr 3 und 4 Pfg., ihnen aber nur 2 pro Stunde zugestanden worden war. Für diese soll versucht werden, den ärgersniftenden einen Pfennig noch herauszuholen. Auch hier wird wieder vom Austritt geredet, wenn das nicht geändert würde. Möchten sich die Kollegen einmal von Pfennigfucherei freimachen und das ganze von einer höheren Warte betrachten. Dann werden sie bald einsehen, daß sie zufrieden sein können. Ein genaues Studium der Zahlen und Wochen ergibt bald die Richtigkeit des Behaupteten. Die Zulage beträgt im ersten Jahre für einen Kollegen 39 Wochen lang bei zehnstündiger Arbeitszeit je 2,40 = 93,60, für zehn Wochen je 1,92 = 19,20 Mk. Drei Kollegen erhalten für 39 Wochen je 5,40 = 210,60 Mk., für zehn Wochen je 4,32 = 43,20 Mk. 14 Kollegen kommen in den Mehrbesitz von je 16,80 Mk., und das 39 Wochen lang, macht 655,20 Mk. Vom zweiten Jahr ab werden dann die Zulagen einheitlich. Diese betragen für 19 Beschäftigte je 2 Pfg. pro Stunde, 39 Wochen lang bei zehnstündiger Arbeitszeit 889,20 Mk.; zehn Wochen lang bei achtsündiger Arbeitszeit 180,24 Mk., zusammen 1069,44 Mk. Diese Summe dreimal genommen, denn die letztere Zulage von 2 Pfg. wird ja allen drei Jahre lang gleichmäßig gewährt, beträgt 3208,32 Mk. Inklusiv der vom ersten Jahr gewährten Zulage 3208,32 Mk. + 93,60 Mk. + 19,20 Mk. + 210,60 Mk. + 3531,72 Mk. + 53,20 Mk. + 655,20 Mk. + 128,40 Mk. = 4368,52 Mk. Im ersten Jahr erleiden 15 Kollegen zehn Wochen lang einen Ausfall von je 1,14 Mk. = 17,10 Mk., bleibt eine tatsächliche Gesamtzulage 4351,42 Mk. Der kleine Ausfall rührt daher, daß vor der Bewegung acht Stunden im Winter gearbeitet, aber 8 1/2 bezahlt wurden. In Zukunft werden nur noch 8 Stunden bezahlt. Da mitunter nur 35 bis 37 Wochen im Jahre zehn Stunden, die übrigen Wochen nur 9, 9 1/2 und 8 Stunden täglich gearbeitet wird, haben wir der Einfachheit halber 39 volle und zehn gekürzte Wochen zur Grundlage unsrer Berechnungen gemacht. In Wirklichkeit ist das Mehr, das den Kollegen durch die Bewegung zufließt, noch etwas größer. Dazu trägt die Stadt im Krankheitsfall die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, vorläufig für eine Woche. Ferner ist die Freigabe des 1. Mai für die Arbeiter praktisch erreicht. Unsers Wissens ein Zugeständnis, das bis jetzt in ganz wenigen deutschen Städten für die kommunalen Arbeiter gemacht wurde. Wer feiert, dem geht allerdings der Tagesverdienst verloren. Immerhin, wenn man bedenkt, daß andre Städte ihre Arbeiter wegen Teilnahme an der Maifeier maßregeln, ein ganz tüchtiger Fortschritt. Bei Punkt 3 und 4 wurde allerdings nichts erreicht. Die Pensionsforderung war ja auch mehr ein Versuchsballon, um zu sehen, wie sich die Stadt zu dieser Frage prinzipiell stellt. In Anbetracht der ungünstigen Finanzlage der Stadt Jena wurde dieser Punkt bis auf weiteres zurückgestellt. Geübte Führer stecken das Ziel immer weiter als wie es voraussichtlich erreicht wird. Abstriche können jederzeit gemacht werden, Zusätze dagegen nicht so leicht. Auf den einzelnen Kollegen entfällt durchschnittlich 229,22 Mk. Zulage in den vier Jahren. 14 Kollegen sind organisiert; nimmt man 24 Mk. Jahresbeitrag im Durchschnitt (die meisten Kollegen kleben 45er Marken), so ergibt das pro Jahr 336 Mk., für vier Jahre 1344 Mk. Die Beiträge der Kollegen hätten sich also um 323 Prozent vermindert, ungeachtet der sonstigen Erfolge. Drastischer kann der Nutzen der Organisation überhaupt nicht mehr demonstriert werden. Die unzufriedenen Kollegen können aus diesen Ausführungen erfahren, welchen Wert ihre mehr oder weniger klugen Äußerungen und Betrachtungen über den „Allgemeinen“ eigent-

lich haben. Sie hätten alle Ursache, der Organisation noch fester wie seither die Treue zu halten. An die paar Unorganisierten richten wir die Frage: Wer hat Euch das erkämpft? Wer hat Eure Lebenslage verbessert? Es war der böse „Allgemeine“. Werdet Mitglied aus Pflichtgefühl, nicht aus Dankbarkeit!

Betont muß auch werden, daß der Stadtgärtner Herr Wychgram die Bewegung nach Kräften förderte, er versammelte die Kollegen um sich und wünschte ihnen alles Glück. Ein wohlthuender Gegensatz zum Verhalten seiner Kollegen im Westen, wir erinnern nur an Dortmund. Alles in allem glauben wir, daß wir wieder ein schönes Stück Kulturarbeit geleistet haben und daß wir uns den Erfolgen, die die Kollegen im übrigen Deutschland dieses Frühjahr in so reichem Maße eingehaust haben, würdig an die Seite stellen können.

Chr. Vogelmann, Jena.

Die Lehrlingszücherei in Breslau.

113 Lehrlinge, 80 Gehilfen, 14 Obergärtner. Dies ist das Ergebnis einer statistischen Aufnahme über jene Betriebe in Breslau, die Lehrlinge halten. Leider war es unmöglich, alle Betriebe der Umgebung von Breslau zu erfassen. Und größtenteils sind dies noch solche, die gar keine Gehilfen haben. Die Gesamtzahlen der Statistik werden aber dadurch auch noch abgeschwächt, daß verschiedene Betriebe mit 4 bis 6 Gehilfen nur 1 bis 2 Lehrlinge halten. Ferner würde sich das Bild noch verschieben, wenn es möglich gewesen wäre, die Statistik im Frühjahr aufzunehmen. Denn trotz der Lehrlingszücherei (die ja in der Provinz noch viel schlimmer ist) ist es den hiesigen Unternehmern nicht möglich, in der Saison die nötigen Gehilfen zu erhalten. Das liegt aber an den miserablen Arbeits- und Lohnverhältnissen: Für 20 bis 30 Mk. den Monat, bei 12 bis 14stündiger Arbeitszeit, will auch in dem zurückgebliebenen Osten so leicht nicht jemand mehr arbeiten.

So hatte H. Stiller-Rosenthal und H. Klein-Kl.-Gandau im Frühjahr keine Gehilfen bei je fünf Lehrlingen. Und so war es auch noch bei andern.

Wir möchten bitten, die wirklichen Lehrlingszüchter aus der Statistik in das goldene Buch mit einzutragen; wir werden uns dann Mühe geben, die fehlenden noch später mitzuteilen.

Firma	Branch	Obergärtner	Gehilfen	Lehrlinge	Arbeiterinnen	Binderinnen	Kutscher	Bemerkungen
A. Winkler, Herdainstraße	H.	2	6	11	3	1	1	2 Verkäuferinnen 1 Verkäuferin
A. Ranft, "	H.	1	2	4	1	3	1	
Gebr. Goericke, Lohestraße	H.	1	8	8	4	6	2	1
E. Scholz, Bohrauer Straße	H.	1	6	2	1	1	1	
W. Barth, Steinerstraße	H.	1	4	1	1	1	1	
H. Schubert, Kl. Fürstenstr.	H.	1	5	1	3	2	1	
C. Mirke, Mittelfeld	H.	1	1	2	1	1	1	
A. Klünkig, "	H.	1	1	2	1	1	1	
J. Mohnhaupt Nachfolger, Mittelfeld	H.	1	1	2	2	2	1	
J. Semler, Kais.-Wilh.-Straße	L.	1	6	2	2	2	1	
Ziemer & Valentin, Gr.-Tschausch	H.	1	5	6	6	6	1	
E. Sonnabend, "	H.	1	1	1	4	3	1	
H. Hübner, "	H.	1	1	1	4	4	1	
Ww. Gillner, "	H.	1	1	2	1	1	1	
H. Kellner, "	H.	1	2	3	5	1	1	
A. Stache, Kl.-Tschausch	H.	1	1	6	7	2	1	
J. Ullrich, Rosenthal	H.	1	3	3	2	1	1	
H. Fischer, "	H.	1	1	2	1	1	1	
A. Förstel, "	H.	1	1	1	1	1	1	
J. Stiller, "	H.	1	2	5	2	1	1	
M. Kaiser, "	H.	1	1	2	2	1	1	
K. Tillak, Lillienthal	H.	1	1	4	1	1	1	
E. Wönnig, Gräbschen	H.	1	1	2	4	1	1	
G. Apelt, "	H.	1	1	2	1	1	1	
W. Gabriel, Hunern	H.	1	2	4	2	1	1	
H. Kleinert, Kl.-Gandau	H.	1	1	5	2	2	1	
W. Guder, Carlowitz	B.	1	5	4	6	16	2	18 schulpflichtige, 3 schulfreie Kinder
F. Simon, Klettendorf	H.	1	1	4	4	1	1	müssen 300 M. Lehrgeld bezahlen
Pomologisches Institut für Vaterländische Kultur (Obergärtner Frost)	H.	1	1	3	6	1	1	
E. Griesbach, Gr.-Mochbern	H.	1	2	4	2	1	1	
E. Stanke, "	H.	1	3	2	8	1	1	
P. Löhe, Dt.-Lissa	H.	1	3	3	1	1	1	
W. Niebisch, Kosel	H.	1	2	4	1	1	1	

Sa. | 14|80|113|19|87|6|14

H. Handelsgärtnerei; B. Baumschule; L. Landschaft.

Allerhand Neuigkeiten aus Stuttgart (Logiszwang).

Herr Chr. Bauer, Gärtnereibesitzer in Cannstatt, Ludwigstraße, ist es, der den hier abgebildeten Wohnraum seinen Gehilfen zur Verfügung stellt. Hinter dem Hause führt uns eine hühnerleiterartige Treppe hinauf in die Wohnung des Gehilfen. Eine Rumpelkammer im vollsten Sinne des Wortes. Schwefel, Kunstdünger, Kupfervitriol — kurzum, alle gärtnerischen Bedarfsartikel werden in diesem Raume aufbewahrt. Nur ein in der „Wohnung“ befindliches Bett verrät das Vorhandensein eines menschlichen Bewohners.

Die obere Hälfte der Eingangstüre ist verglast. Die Tür muß also gleichzeitig als Fenster dienen. Die Luft im Zimmer ist unrein, trocken, also ungesund.

Herr Bauer steht in dem Rufe, sehr wohlhabend zu sein. Auch ist Herr Bauer national-liberales Gemeinderatsmitglied. Trotzdem (oder wohl gerade deshalb?) das Vorhandensein angeführter Mißstände. Dazu noch Lehrlingszüchterei engros: drei Lehrlinge zu einem Gehilfen.

Kollegen! Zeigt durch allseitigen Besuch unsrer künftigen Versammlungen, daß die „Deutsche Eiche“ noch fest im Sturm steht.

Mit koll. Gruß!

Der Vorstand.

Im Vorstand der „Deutschen Eiche“ sitzen der I. Vorsitzende des D. G.-V. Bannier und der frühere Beamte des D. G.-V. Müller, und doch dieser Jammer. Allerdings, einen Trost hat die „Deutsche Eiche“ — in andern Berliner Verbandsvereinen sieht es auch nicht besser aus. Wir erinnern nur an Friedrichsfelde und Wilmersdorf-Charlottenburg.

Für unsre Mitglieder akzeptieren wir gern, daß im A. D. G. V. einmütig und mit Begeisterung gearbeitet wird, während im christlichen D. G. V. Trägheit und Gleichgültigkeit die Mitglieder auszeichnen. Für den „christlichen“ Gewerkschaftsgedanken ist eben in Berlin kein Boden. Der christliche Gärtner-Verband hat in Berlin stets stagniert, oder er hat sich im Krebsgang bewegt. Heute zählt er in Groß-Berlin keine 100 Mitglieder mehr, während wir, der A. D. G. V. das zweite Quartal dieses Jahres mit einem Mitgliederbestande von 1656 in Groß-Berlin abschließen konnten. Wir hoffen, daß unsre, nach Aussage der Christen mit

Kelbra. Kleine Diebe hängt man... Im Hallenser Volksblatt lesen wir: Beim Oberamtmann Krüger war mehrere Jahre der Gärtner namens Arno B. beschäftigt. Im Vorjahre soll B. Holzteile, die zu einem Schuppen benutzt werden sollten, entwendet haben. Der „Diebstahl“ wurde erst „entdeckt“, als der Gärtner seine Arbeitsstelle verließ und gegen den Herrn Amtmann eine Klage angestrengt hatte. Das hiesige Schöffengericht beschäftigte sich am 19. Juni mit dieser Angelegenheit, und trotzdem B. angegeben hatte, das Holz nur in der Gärtnerei zur Reparatur am Gewächshaus verwandt zu haben, wurde er doch wegen Unterschlagung zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt, und am Mittwoch war in Nordhausen Termin. B. war vom Erscheinen entbunden, hatte aber nochmals zu richterlichem Protokoll gegeben, daß er bei der Verwendung des Holzes geglaubt habe, nur das Beste für den Amtmann zu tun. Alles half nichts. Das Gericht verwarf nicht nur die Berufung, sondern stellte sogar als Nachdelikt „Diebstahl“ fest. — Ja, ja, wer gegen den Stachel der Junker lökt, muß eben Haare lassen...



Gehilfenwohnung der Firma Chr. Bauer in Cannstatt.

AUS UNSERM BERUFE

Christliches. Christlicher Jammer in Berlin. Von bummlicher Geschäftsführung im Büro der Gärtner-Christen konnten wir schon des öfteren berichten. Wiederholt kommt es vor, daß Mitglieder, die im christlichen Gärtnerverband schon monatelang keine Beiträge mehr bezahlt hatten, dort noch immer als Mitglieder geführt wurden. Einem derartigen Kollegen wurde dieser Tage ein Zirkularschreiben folgenden Inhalts zugestellt:

Zweigverein „Deutsche Eiche“ des „D. G.-V.“
Werter Kollege!

In letzter Zeit haben die Versammlungen der „Deutschen Eiche“ wegen mangelnder Beteiligung ausfallen müssen. Es wird jedoch von vielen Kollegen gewünscht, daß wieder regelmäßige Versammlungen stattfinden. Es geht auch nicht so weiter, daß der älteste und immer noch stärkste Berliner Verbandsverein einfach keine Versammlungen abhält. Schon um die Neuaufgenommenen und Zugereisten in die Bewegung einzuführen, sind die Versammlungen der Deutschen Eiche unbedingt notwendig. Wenn wir nicht zusammenkommen und uns aussprechen über die Tagesfragen der Gärtner- und Arbeiterbewegung, kann kein Zusammenhalt unter den Kollegen sein.

Wir müssen aber zusammenhalten hier im roten Berlin, wollen wir nicht ganz an die Wand gedrückt werden. Die sozialdem. Kollegen im „A. D. G. V.“, alte und junge, arbeiten einmütig und begeistert an der Ausrottung der „Christlichen“ in Berlin.

Ist in den Reihen der christlich-nationalen Gärtner etwa kein Idealismus, keine Begeisterung mehr vorhanden?

Hinweg mit der Trägheit und Gleichgültigkeit!

Sonnabend, den 17. d. M. ist die nächste Versammlung. Kollege Hülsler wird einen Vortrag halten über „Die Organisationsfragen in der Privatgärtnerei“.

Idealismus und Begeisterung arbeitenden Mitglieder dafür sorgen werden, daß der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein in Groß-Berlin in Bälde seine 2000 Mitglieder zählt.

Walter Kwasnik, Berlin.

Hagen i. W. Zwei Originale sind die Herren Handelsgärtner Schürfeld-Hagen und Selbach-Haspe. Letzterer erklärte einem Kollegen ganz offen: „Sie dürfen nicht zu meinen Gehilfen, die müssen arbeiten.“ Das war abends nach 8 Uhr. Es ist allgemein bekannt, daß es in diesem Geschäft nur Arbeiten und Schlafen gibt. Kollegen, die früher dort arbeiteten, haben oft erklärt, daß sie Herr Selbach wie im Zuchthaus hielt, er sei ängstlich bedacht, daß sie nicht mit andern Kollegen zusammenkommen können.

Sollten sich die Praktiken des Herrn Selbach nicht ändern, so wollen wir doch einmal den Betrieb in Betreff Wohnung usw. näher unter die Lupe nehmen.

Herr Schürfeld, seines Zeichens Friedhofsgärtner, hat seine Kollegen gemaßregelt mit der Begründung, er (Herr Schürfeld) sei Patriot; da er auch guter Christ ist, haben wir eine Erklärung. Wir sind anderer Meinung. Herr Sch. hat sich von anderer Seite den Kopf verkeilen lassen. Wir stellen fest: Herr Sch. wußte schon immer von der Mitgliedschaft des Kollegen. Er hat den Kollegen überredet, in einer andern Firma aufzuhören und bei ihm anzufangen. Das ist „christliche Überzeugung“, aber etwa kein Verstoß gegen das achte Gebot. Wir können Herrn Sch. nur sagen, da müssen andre Leute kommen, wenn man uns vernichten will. Daß dieser Herr versucht, auch andre Gehilfen aus der Stellung zu bringen, ist zu beweisen.

Das sind zwei Geschäfte; einige andre könnten noch folgen. Möge jeder Kollege, der hier Stellung nimmt, erst Erkundigung bei unsrer Zahlstelle einziehen, dann wird er vor Enttäuschung bewahrt.

H... er.

RECHTSPFLEGE

— **Gärtnereiunternehmer und Gehilfen ohne Lebensart und Erziehung.** Vor dem Gewerbegericht in Pirna i. Sa. stand am 2. Juli d. J. eine Lohnstreitsache des Gärtnergehilfen E. gegen Gärtnereibesitzer Emil Winter in Zehista bei Pirna zur Verhandlung. Der Gehilfe klagte wegen Lohnentschädigung, da er die Stellung aufgegeben, weil sein Arbeitgeber ihn gröblich beleidigt habe. Unter andern hatte Herr W. Schimpfworte wie „Rindvieh“ und „Dippel“ gegen den Gehilfen gebraucht und weiter gesagt, er (der Gehilfe) „sei wohl verrückt“ sowie „er (der Gehilfe) könne ihn am Arsch lecken.“ Herr Winter gab das zu; indessen sei das nicht so schwerwiegend. Das Gericht entschied: „Was die Beleidigungen anlangt, so können nur die vom Beklagten zugegebenen als erwiesen angenommen werden. Wenn diese nun auch Äußerungen sind, die von Menschen, die Lebensart und Erziehung haben, nicht gebraucht werden, in ihnen auch eine gewisse Mißachtung zum Ausdruck gebracht ist, so konnte das Gericht doch im Hinblick auf die Lebensverhältnisse der Parteien und die in ihren Kreisen inso weit herrschenden Anschauungen in jenen Äußerungen nicht „grobe Beleidigungen“ im Sinne von § 124 Ziff. 2 der Gew.-Ordnung erblicken, die den Kläger zum sofortigen Verlassen der Arbeit berechtigt hätten.“ — Die Klage wurde deshalb abgewiesen.

Ob Herr Winter nicht Lust hätte, sich diesen Teil des Urteils, der ihm seine „feine Lebensart und Erziehung“ bezeugt, unter Glas einrahmen zu lassen? Die Redaktion der A. D. G. Z. wäre nicht abgeneigt, ihm zu diesem Zwecke einige Groschen zu stiften.

— **Gewerbegericht Pinneberg und die Gärtner.** Ein Mitglied unsres Verbandes rief in einer Lohnstreitsache das Gewerbegericht Pinneberg als Rechtspflegeinstanz an. Es erhielt von dem Herrn Gewerbegerichtsvorsitzenden folgende abweisende Verfügung:

„Auf die am 16. Mai cr. hierher eingereichte Klage gegen den Baumschulbesitzer C. Voigt in

Uetersen wird Ihnen mitgeteilt, daß das Gewerbegericht zur Entscheidung dieser Streitigkeit nicht zuständig ist. Nach den bisher ergangenen Entscheidungen gehören alle Arbeiten, die die Bearbeitung des Grund und Bodens und die Gewinnung von Erzeugnissen zum Gegenstande haben (Instandhaltung von Gärten, Herstellung von Neuanlagen, Anzucht von Topfpflanzen, Freilandpflanzen, Gemüsegärtnerei, Baumschulenbetrieb, Landschaftsgärtnerei usw.) zu den landwirtschaftlichen Arbeiten. Für Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus solchen Betrieben ist daher nicht das Gewerbegericht, sondern das ordentliche Gericht (Amtsgericht) zuständig.

Die zweite Ausfertigung der Klageschrift und das Schreiben der Firma Voigt vom 26. 1. 12 folgen anbei zurück.

Der Kollege übertrug die Weiterverfolgung der Sache nun seinem Verbandskollegen K. u. m. e. r. Hamburg übernahm die Vertretung und machte die Klage erneut bei demselben G. G. anhängig. Wieder wollte der Herr Vorsitzende ihn „wegen Unzuständigkeit“ abweisen, schließlich aber wurde die Klage zunächst einmal angenommen. Im Verhandlungstermin legte der Herr Vorsitzende dann dem beklagten Unternehmer nahe, daß er wegen Unzuständigkeit die Verhandlung beanstanden könne. Der Unternehmer lehnte jedoch ab, auf diese Brücke zu treten, erklärte vielmehr, daß er seinen Betrieb durchaus als Gewerbebetrieb betrachte. Nun mußte allerdings verhandelt werden. Das uns jetzt vorliegende schriftliche Urteil führt über die Zuständigkeitsfrage aus: „Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts war von amtswegen zu prüfen. Die Frage war auf Grund der vom Kläger behaupteten, vom Beklagten nicht bestrittenen Tatsachen zu bejahen, da der Begriff der zur Landwirtschaft gehörenden Gärtnerei auf die Baumschulanlage des Beklagten, bei dem geringen Umfang der Selbstproduktion im Verhältnis zum Geschäftsumsatz, keine Anwendung mehr finden kann.“

Also, mit Ach und Krach doch zugelassen. Das Gewerbegericht Pinneberg ist aber mit seiner Anschauung immer noch im Irrtum. Auch Baumschulen, die nur Selbstproduktion betreiben, sind Gewerbebetriebe; denn die Arbeitstätigkeit in diesen Betrieben ist nur ganz untergeordneter Weise eine uergewerbliche, in der Hauptsache stellt diese eine fortgesetzte „Be- und Verarbeitung von Rohstoffen“ dar (Veredlung, Formierung usw.).

SOZIALES

Gewerkschaftlicher Aufstieg. Nach den neusten Berichten im „Reichsarbeitsblatt“ verfügten die verschiedenen deutschen Arbeiterorganisationen in den beiden letzten Jahren über folgende Mitgliederzahlen:

	Ende 1911	1910
Freie Gewerkschaften	2400018	2128021
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften	107743	122571
Christliche Gewerkschaften	350574	316115
Unabhängige Vereine	763935	711177
Wirtschaftsfriedliche Vereine (Gelbe)	162262	121126
Lokalorganisierte Gewerkschaften	7133	—

Seit Schluß des Jahres 1910 haben demnach die freien Gewerkschaften rund 272000 neue Mitglieder gewonnen, während die Christlichen trotz kirchlicher und staatlicher Protektion nur einen Mitgliederzuwachs von 34460 zu verzeichnen und die Hirsch-Dunckerschen sogar 14830 Mitglieder verloren haben. Die Lokalorganisierten bestätigen auch in ihrer Entwicklung ihre nahe Verwandtschaft mit den reaktionären; sie stagnieren. Nur die Gelben, die „Wirtschaftsfriedlichen“ sind infolge skrupelloser Aushaltung und Subventionierung, verbunden mit brutalstem Unternehmerterrorismus, etwas in die Höhe gekommen. Wenn man aber die Mittel in Erwägung zieht, mit welchen dies erreicht wurde, dann kann man auch darüber zur Tagesordnung übergehen. Denn trotz aller nur erdenklichen Hilfsmittel haben die Christlichen, Unabhängigen und Gelben zusammen nicht einmal die Hälfte der Zunahme wie die freien Gewerkschaften zu verzeichnen. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die erdrückende Mehrzahl aller denkenden deutschen Arbeiter von all den Mätz-

chen dieser Aucharbeiterorganisationen nichts wissen will, sondern anerkennt, daß nur die freien Gewerkschaften wirkliche Arbeiterinteressen vertreten.

Unternehmersdank an die christlichen Gewerkschaften. Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisengießereien beschäftigte sich der Geschäftsführer Dr. Brandt-Düsseldorf in seinem Geschäftsbericht mit den christlichen Gewerkschaften.

Für die Herren Christen ist es nicht angenehm, was sie von dem Herrn ins Stammbuch geschrieben bekamen. Der Herr Brandt führte aus, daß das Fernbleiben der christlichen Gewerkschaften bei dem Kohlenarbeiterausstand ein Vorgang von größerer Bedeutung nicht nur im Sinne einer wesentlichen Stärkung der Stellung der Unternehmer sei, sondern auch von Bedeutung für das politische Leben. Das Auftreten der christlichen Gewerkschaften sei nicht nur diktiert gewesen von der politischen Stellung des Zentrums zur Regierung, sondern es sollte auch dadurch eine außerordentliche Stärkung des politischen Einflusses des Zentrums auf die christlichen Gewerkschaften bewirkt werden. Das Zentrum habe schon immer eine besondere Beachtung der christlichen Gewerkschaften von der Regierung verlangt, weil diese Gewerkschaften vaterlandstreu und schutzwilliger seien. Es müsse von der größten Tragweite sein, daß nun in einem großen Kampfe diese Gewerkschaften auch wirtschaftspolitische Einsicht gezeigt haben, und es könne nicht ohne Eindruck bleiben, wenn die Führer des Zentrums bei irgend einer Gelegenheit dem Reichskanzler sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Arbeitermassen für das Vaterland und für den Wirtschaftsfrieden gegen die Sozialdemokratie aufbieten können. Das Unternehmertum steht den Dingen freilich etwas anders gegenüber. Es erinnert sich des Spruches, daß eine Schwalbe keinen Sommer macht, und daß auch die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich Streikanhänger seien. Wenn sie auch dieses eine Mal bei Seite gestanden und sogar den Schutz der Arbeitswilligen in öffentlichen Kundgebungen als notwendig anerkannt und für sich selbst erkannt haben.

Die christlichen Gewerkschaften werden also auch von den Gießereibesitzern als Zentrums-gewerkschaften betrachtet, deren Verhalten zur Stärkung des Einflusses der Zentrumsparterie beitrage. Auch ist das Eingeständnis gut, wenn Dr. Brandt meint, daß es nicht ohne Eindruck bei dem Reichskanzler bliebe, wenn Zentrumsführer sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Massen für das Vaterland, für den Wirtschaftsfrieden und gegen die Sozialdemokratie aufbieten können.

Bei der Gründung der christlichen Gewerkschaft hat doch schon Pfarrer Weber gesagt, daß die Hauptaufgabe der zu gründenden Organisation (Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter) der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei. Aber der Bruderverrat im Bergarbeiterkampf hat den christlichen Gewerkschaften immer noch nicht das Vertrauen der Unternehmer eingebracht. Denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, sagen die Unternehmer, und sie betrachten die christlichen Gewerkschaften noch als grundsätzliche Streikanhänger. Die Unternehmer, die an der Züchtung der Schwarz-Gelben ein Interesse hatten, trauen ihnen nicht, wenn sie auch den Nachweis beim Bergarbeiterstreik erbracht haben, daß sie Gelbe in Reinkultur sein können und wenn auch damals das Organ der Gelben den christlichen Bergarbeitern sagte: „Das sind herrliche gelbe Gedanken!“ Der Geschäftsführer Dr. Brandt hat den Christlichen ihren Lohn gegeben, das ist der Dank für den begangenen Arbeiterverrat.

Ein amtlicher Wegweiser zur Berufswahl? Wie mitgeteilt wird, beabsichtigt das preußische Kultusministerium die Herausgabe eines amtlichen Wegweisers zur Einführung in den Beruf, der den Schulbehörden, Erziehungs- und Waisenhäusern zur Unterrichtung dienen soll. Dieser Wegweiser soll in Form einer Broschüre zweimal jährlich erscheinen und den aus der Schule in das Erwerbsleben tretenden Knaben, sowie den Eltern eine Wegleitung bei der Wahl des Berufes bieten. In der Broschüre sollen Bedingungen für die Ablegung der einzelnen Berufsprüfungen, ferner ein Verzeichnis geeigneter Lehrstellen aus dem ganzen Reiche enthalten sein. Auch vor überfüllten Berufsarten soll, wo es nötig ist, gewarnt werden.

Schon bevor uns der Inhalt des „Wegweisers“ bekannt ist, möchten wir erklären, daß wir von dieser ministeriellen Fürsorglichkeit nicht viel halten. Ein Kultusministerium scheint uns ganz und

gar nicht geeignet, in der Frage der Berufswahl eine autoritär-beratende Stimme zu haben. Soll solche Beratung nach schon von einer Zentralstelle aus erfolgen, so wäre wohl die von der Arbeiterschaft erstrebte öffentlich-rechtliche Organisation: Arbeitskammer, Arbeitsmarkt, Reichsarbeitsamt der berufenste Faktor dazu. Ohne maßgebende Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft, der gewerkschaftlichen Zentralverbände, lassen sich die Unterlagen für eine wirklich ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zweck entsprechende Beratung zur Berufswahl gar nicht schaffen. Das ist eine Aufgabe, die nicht zum Ressort eines Kultusministers gehört.

Ein Universitätsprofessor über die Ursachen der Landflucht. Um gegen die Tuberkulose auf dem Lande geeignete Anknüpfungsmaßnahmen ergreifen zu können, hat Professor Jacob von der Berliner Universität auf Anregung von Robert Koch und mit Unterstützung der Regierung die Entstehungsursachen der Tuberkulose auf dem Lande erforscht. Als Feld der Forschungsreise wurde der Kreis Hümmling im Regierungsbezirk Osnabrück, Provinz Hannover, ausgesucht, weil dort die Tuberkulose seit Jahren die größten Opfer fordert. Jacob ist ein scharfer Beobachter, der den Dingen auf den Grund sieht. Das Resultat seiner Untersuchung hat er in einem umfangreichen Werk niedergelegt unter dem Titel: „Die Tuberkulose und die hygienischen Mißstände auf dem Lande.“ In diesem Buche schildert er ohne jede Vertuschung die Zustände auf dem Lande so, wie sie tatsächlich sind. U. a. schreibt er auch über die Ursachen der Landflucht folgendes:

„Die elenden Wohnverhältnisse und hygienischen Mißstände sind es größtenteils, welche den immer stärker werdenden Abzug nach den Städten bewirken. Wie oft begegneten uns in den Dörfern Soldaten, welche die wenigen Tage ihres Urlaubs im Elternhause verbrachten und mit einem gewissen Schamgefühl bekannten, daß gegenüber den günstigen sanitären Verhältnissen in den Kasernen die Lebensbedingungen und Gewohnheiten in der Heimat so alles zu wünschen übrig ließen! Solche Leute sind fast ausnahmslos für das Erwerbsleben auf dem Lande verloren. Sie verbleiben, nachdem sie ihren Militärdienst beendet haben, in den Städten und suchen sich hier eine Beschäftigung. Das gleiche gilt größtenteils für die weibliche Bevölkerung: haben die erwachsenen Mädchen erst einige Jahre als Dienstmädchen und in ähnlichen Stellungen in den Städten gewohnt, so wollen auch sie gewöhnlich nicht auf das Land zurückkehren. Will man hierin wirksame Abhilfe schaffen, will man die seit Jahren immer stärker werdende Abwanderung vom Lande verhindern, und die lebhaften Klagen der Gutsbesitzer, der kleinen und mittleren Landwirte über Leutenot beseitigen, so müssen vor allem die Wohnungsverhältnisse gründlich verbessert werden. Entbehren ja ohnedies die auf dem Lande lebenden Dienstmädchen die persönliche Freiheit und die mancherlei Abwechslungen der Großstadt. Zumeist haben sie außerdem einen erheblich geringeren Verdienst, als sie zumeist für eine weit weniger anstrengende Arbeit in der Stadt erzielen könnten; und auch rechtlich befinden sie sich in einer ungünstigen Stellung.“

Das klingt ganz anders, als in den konservativen Schriften, wo die Landflucht auf die „Verhetzung“ der Sozialdemokratie zurückgeführt wird und als Allheilmittel eine gesetzliche Beschränkung der Freizügigkeit gefordert wird.

Wie sind nun die Wohnungsverhältnisse im Kreise Hümmling? Von den 3250 Häusern, die Professor Jacob besucht hat, entsprachen 1571 = 48,3 Prozent nicht den geringsten Anforderungen der Hygiene! In vielen Bauernhäusern sind überhaupt keine besonderen Schlafkammern vorhanden. Das gesamte Leben spielt sich hier in einem einzigen Raume ab, welcher gleichzeitig als Wohn- und Schlafkammer, als Küche und Diele dient. So traf Jacob mehrere Häuser an, in welchen vier bis acht Menschen zusammen mit mehreren Hunden und Katzen, verschiedenen Stück Rindvieh (!), mit Hühnern, Ziegen usw. in einem und demselben Raume ihr Dasein fristeten! Verschiedene Häuser sind nur Lehm- bzw. Erdhütten.

Heizbare Schlafkammern sind in den wenigsten Häusern anzutreffen. Den schlimmsten Übelstand bilden die sogenannten Butzen. Es sind dies Wandschränke oder schrankähnliche Behältnisse, welche in den meist feuchten Mauern (oft der Küche) eingelassen sind und im allgemeinen einen Luftraum von sechs Kubikmetern für zwei bis drei Personen haben. Durch verschiebbare Türen oder durch dicke Vorhänge werden die Butzen abgeschlossen! Ein breites Brett dient als Lagerstatt.

Auf dem Lagerbrett ist eine große Strohschicht ausgebreitet, die gewöhnlich nur alle paar Monate erneuert wird; darüber ein größerer Fetzen alter Leinwand. Zur Bedeckung dienen alle möglichen und unmöglichen Dinge, am seltensten richtige, gute Oberbetten oder Schlafdecken. Infolge der mangelhaften und ungenügenden Bettwäsche müssen die Leute vielfach in ihren Kleidern schlafen. Besonders während der Regen- und Wintermonate sind die Schlafkammern feucht und kalt; dann behalten die Leute auch nachts über ihre Kleider auf dem Leibe, um sich in kalten Nächten nur einigermaßen zu erwärmen. Auch das Zusammenschlafen mehrerer Personen verschiedenen Geschlechts (Eltern mit erwachsenen Kindern, sowie Dienstboten) in dem gleichen Bett oder in einer Butze veranlaßt die Leute, nachts über die Oberkleider nicht auszuziehen. Diese Unsitte hält Jacob für umso schädlicher, weil die Menschen am Abend nach vollendeter Arbeit oft mit ganz durchnässter und durchschwitzter Kleidung in ihre Häuser zurückkehren.

Eine Ventilation der Butzen ist natürlich unmöglich. Im Gegenteil: der Rauch der offenen Herdfeuer dringt tagsüber in die Butzen ein und macht die Atmosphäre fast unerträglich, besonders in denjenigen Häusern, in welchen die Fenster nicht geöffnet werden können. Denn solche Häuser gibt es auch. Jacob fand in einem Dorfe, daß von 191 Häusern in 56 die Fenster fest eingemauert (!) waren. Butzen fand er unter den 3250 Häusern des Kreises noch in 1163 = 35,8 Prozent der Häuser vor.

Wenn Professor Jacob auch nichts neues sagt, so sind doch seine Darlegungen interessant genug, sie zu registrieren, da sie bestätigen, was von sozialdemokratischer Seite so oft über das Wohnungselend auf dem Lande gesagt wurde.

Ein amtliches Urteil über die Hintzgar-disten. In dem vor einigen Tagen veröffentlichten letztjährigen Jahresbericht des Bergrevierbeamten im Herzogtum Sachsen-Altenburg über den Braunkohlenbergbau findet sich bei Besprechung des Ausstandes der Bergarbeiter im Meuselwitzer Revier folgendes Urteil über die von den Unternehmern so sehr verhätschelten Streikbrecher:

„Die Arbeitswilligen, besonders diejenigen, welche man durch die Vermittlung von Agenten herangezogen hatte, erwiesen sich in der Mehrzahl als minderwertige, rohe und disziplinslose Burschen, so daß die Grubenverwaltungen selbst bemüht waren, sie möglichst bald wieder abzuschieben.“

Und wegen dieser also gebrandmarkten Burschen haben die Gerichte gegen hundert anständige Arbeiter, die sich gegen ihre Einfuhr wehrten, ins Gefängnis geschickt.

Zwölf Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin. Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter eine in Broschürenform gehaltene Flugschrift heraus, die einen Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswesen darstellt. Auf 12 Illustrationen ist das Wohnungselend der Stallschweizer oder Melker in Berlin und den Vororten gezeigt. Die beigegebenen Erläuterungen zeigen in knappen Schilderungen die Kost- und Lohnverhältnisse dieser für die Ernährung der Großstadtbevölkerung, namentlich der Kinder so wichtigen Berufsschicht. Im Stall und Heuboden, in Kellerlöchern und Korridorwinkeln müssen die Arbeiter in Schmutz und dumpfer Luft kampieren, die für die Milchproduktion eines sehr großen Teils der Berliner Bevölkerung in Betracht kommen. Die zwölf Bilder und ihre textlichen Ergänzungen reden eine derart eindringliche Sprache, daß kein Einsichtiger sich der Forderung auf rücksichtslose Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

Bekanntmachungen.

Die Hauptverwaltung des A. D. G. V. befindet sich: Berlin S. 42 Luisen-Ufer 1. Fernsprecher: Amt Mpl., 3725. Vorsitzender Josef Busch.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Straße und Hausnummer.)

(In jeder Mitgliederversammlung zu verlesen.) — Vom 1. September bis 17. September ist der Beitrag für die 36. Woche 1912 fällig.

Arbeitslosenstatistik. Die Kassierer werden ersucht, die Arbeitslosenstatistik und die Mitgliederzahl der Verwaltung sofort zusammenzustellen.

Empfangsbestätigungen für das 2. Quartal sind den Verwaltungen mit dem Material für die Arbeitslosenstatistik zugesandt. Die Kassierer haben die Bestätigungen genau mit ihren Abrechnungen zu vergleichen.

Stuttgart. Sonntag, 8. September gemeinsame Besichtigung der Gewerbe- und Industrieausstellung in Feuerbach.

Treffpunkt: Hauptportal des Ausstellungsgebäudes morgens punkt 9 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Am 18. August d. J. ist unser Mitglied **Willi Schneider,**

eingetreten am 13. Mai 1905 in Magdeburg, im Alter von 30 Jahren durch einen Automobilunfall tödlich verunglückt.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen lieben und treuen Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Ortsverwaltung Magdeburg des A. D. G. V.

Vereinsfestlichkeiten.

Bad Kissingen. Am 1. September findet in Café Bellevue ein Rekrutenabschiedskränzen statt. Anfang abends 8 Uhr. Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen.

Berlin, Ortsverwaltung. Aus Anlaß der Generalversammlung findet am Sonntag, den 8. September 1912, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelhofer 14/15 ein Kunstabend statt. Nach dem künstlerischen Teil Tanz. Anfang 6 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 50 Pfg. Karten sind bei den Bezirksführern und im Ortsbüro zu erhalten.

Elmsborn. Sonnabend, den 7. September 1912, findet unser diesjähriges Rosenfest im Vereinslokale „Tivoli“ statt, wozu die Kollegen der nächsten Umgegend freundlichst eingeladen sind. Regen Besuch erwartet das Komitee.

Essen (Ruhr). Am Sonnabend, den 14. September, Großes Blumen-Fest im Dortmunder Löwenbräu, Rittenscheiderstr. 57. Anfang 8 Uhr. Es ladet ein Das Komitee.

Kiel. Sonnabend, den 7. September, findet unser 8. Stiftungsfest im Gewerkschaftshaus (Lichtsaa) statt. Anfang 8 1/2 Uhr abends.

Neukölln-Berlin. 25. Stiftungsfest Sonnabend, den 7. September 1912, in den Bürgersälen, Neukölln, Bergstr. 147. Anfang abds. 8 1/2 Uhr.

Literarisches.

Ein Nationales Lesebuch für die deutsche Arbeiterjugend, zusammengestellt von Robert Danneberg, ist soeben im Verlag des Verbandes der jugendlichen Arbeiter (Anton Jenschik) erschienen. In einer Reihe von Artikeln werden nationale Probleme in leichtverständlicher Weise erörtert. Jedes Lesestück ist für sich abgeschlossen, alle sind aber vom Herausgeber so aneinander gereiht, daß sie ein inhaltlich zusammenhängendes Ganzes ergeben. Eingestreute Gedichte und Zitate erhöhen die Wirkung. Den reichen Inhalt zeigen schon die Überschriften an:

An mein Volk! — Wer ist das deutsche Volk? — Wie das deutsche Volk lebt. Von Max Winter. — Das Leid der Kinder. Von Josef Luitpold. — Wie eine deutsche Mutter starb. Von Max Brockelmann. — Ganz in Gold getaucht. — Wer sind die Vertreter des deutschen Volkes. Von Heinrich Wissiak. — Fürst und Volk. — Vaterlandslose Gesellen. — Nationalismus und Internationalismus. Von Josef Strasser. — Warum sind unsre Gewerkschaften international. Von Julius Deutsch. — Die „nationale Arbeit“ und die Jugendorganisation. Von Karl Kreibich. — Die Ziele der deutschen Jugendmannschaften. — Deutschnationale Herzensergüsse. — Bismarck. Von Adolf Braun. — Schwarzrotgold und Schwarz. — Wie sie für die Volksbildung sorgen. — Blutgeld. — Nationale Irlichkeit. Von Geirösch. — Unsre Klassiker und der Nationalismus. Von Otto König. — Nationale Minderheiten. Von Oswald Bion. — Karl Renner: Das nationale Programm der Nationalisten. Das nationale Programm der Sozialdemokratie. Weltstaatsgedanken. — Otto Bauer: Nationale Autonomie. — Die neue Heimat. — Die Wiegegeburt der nationalen Einheit. Die 80 Seiten starke Broschüre, deren Preis bloß 50 Heller (50 Pfg.) beträgt, bereichert unsre gegen den Nationalismus gerichtete Propagandaliteratur in wirksamer Weise. Es wäre lebhaft zu wünschen, daß sie nicht nur bei den jungen, sondern auch bei den erwachsenen Arbeitern Eingang findet. Sie wird überall aufklärend wirken und reichen Nutzen stiften. Einzelne Exemplare sind gegen Einsendung von 60 Heller (60 Pfg.) in Briefmarken durch den Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs, Wien V, Rechte Wienzeile 97 zu beziehen.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein.

Abrechnung der Hauptkasse für das 2. Vierteljahr 1912.

Einnahmen.	
An Eintrittsgeldern.	149,40 Mk.
„ Beiträgen	25 758,14 „
„ Inseraten	2 046,50 „
„ Bezugsgelder	187,81 „
„ Verlag	269,83 „
„ Mehrabführung der Bezirksorte	2 186,90 „
Zuschuß aus den örtlichen Verwaltungen zurück	1 012,46 „
Verschiedenes	179,26 „

Ausgaben.	
Für Zeitung	5 539,16 Mk.
„ Arbeitslosenunterstützung	1 326,68 „
„ Reiseunterstützung	176,70 „
„ Krankenunterstützung	492,20 „
„ Umzugsunterstützung	130,— „
„ Notunterstützung	100,20 „
„ Sterbeunterstützung	50,— „
„ Maßregelungsunterstützung	461,— „
„ Lohnbewegungen und Streiks	13 197,11 „
„ Agitation	1 236,60 „
„ Gehälter	1 312,50 „
„ Drucksachen	114,— „
„ Porto	239,69 „
„ Verlag	990,42 „
„ Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen	1 180,24 „
„ Bezirkskassierung	364,23 „
„ die Bezirke	4 366,16 „
„ Sitzungen und Konferenzen	150,05 „
„ Bildungswesen	202,70 „
„ Rechtsschutz	294,50 „
„ Haushalt	240,25 „
„ Hilfskraft	449,80 „
„ Fernsprecher	47,50 „
„ Versicherungsbeiträge	65,16 „
„ Arbeitsnachweis	58,46 „
„ Büromaterial	293,05 „
„ Mitgliedsbuchtaschen	435,— „
„ verschiedene Ausgaben der Hauptverwaltung	120,44 „
„ verschiedene Ausgaben der örtlichen Verwaltungen	297,84 „

Zusammen: 31 790,30 Mk.

Zusammen: 33 931,64 Mk

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 1. Vierteljahres 1912 47 173,09 Mk.
Einnahmen im 2. Vierteljahr 1912 31 790,30 „

Zusammen: 78 963,39 Mk.

Ausgaben im 2. Vierteljahr 1912 33 931,64 „
Bestand am Schlusse des 2. Vierteljahres 1912 45 031,75 Mk.

Berlin, den 23. August 1912.

Josef Busch, Vorsitzender.
Wilhelm Huhnholz.

Gepprüft und für richtig befunden:
Die Revisoren: Eduard Hübener, Albert Fahldieck,
Hugo Hundertmark.

Redaktionsschluss für Inserate: Freitags, 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Anzeigenteil

Alleinige Inseratannahme: Josef Wichterich, Leipzig, Schillerstraße 7. — Fernsprecher 2101.

Gute Bücher.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Sammelwerk der Firma Akademische Buchhandlung R. Max Lippold in Leipzig bei, dessen Durchsicht wir angelegentlichst empfehlen. Derselbe enthält eine Anzahl vorzüglicher Werke, die sich zur Anschaffung ganz ausgezeichnet eignen. Vor allem wird die nach Hunderttausenden zählende Busch-Gemeinde mit Freuden das Erscheinen des neuen äusserst billigen Busch-Buches „Allerlei Humor“ begrüßen. Herzergreifend und köstlich ist alles, was in diesem humoristischen Meisterwerke geboten wird, und wer sich an wahren Humor erfreuen will, der greife zu diesem neuen Busch-Buch, diesem prächtigen Hausschatz des Humors für jung und alt. — Eine umfassende und erschöpfende Völkerkunde in populär wissenschaftlicher Weise geschrieben, ist das „Weib im Leben der Völker“. Das Werk liegt in zwei stattlichen Bänden vor, die mit über 1150 wunderbaren Illustrationen geschmückt sind. — Wem daran liegt, sich leicht, sicher und schnell eine fremde Sprache anzueignen, der greife nach „Pöhlmanns Sprachlehre-Methode“, die von den bisherigen oft schwulstigen Lehrmethoden gänzlich abweicht. In der denkbar einfachsten Weise führt die Methode zum Ziele und ermöglicht einem jeden, sich in kurzer Zeit mit der betreffenden Sprache vertraut zu machen. Eine Sammlung vorzüglicher Erzählungen nur bester Autoren ist unter dem Titel „Meisterwerke neuerer Novellistik“ zusammengestellt, ausnahmslos Werke, die noch gegen Nachdruck geschützt sind. Die Ausstattung ist eine vornehme und die Meisterwerke sollten infolge der sorgsamsten Auswahl des Gebotenen in jeder Familie Eingang finden. — Ueberall, wo Musik im Hause, sollten auch die „Wiener Lieder und Tänze“ vorhanden sein. Diese reizvollen und eigenartigen Melodien der alten Donaustadt werden, wie Wiener Musik überhaupt, alle Herzen erobern. — In neuer Auflage liegt nunmehr „Meyers Hand-Lexikon“ in zwei Halbleder-Bänden vor. Geradezu erstaunlich ist der Inhalt der Bände und in allen Fällen gibt „Meyers Hand-Lexikon“ mit Sicherheit die richtige Auskunft. Ein derartiges wertvolles Nachschlagewerk bei so niedrigen Preisen müsste unbedingt in jedermanns Besitz sein. Um die Anschaffung der Werke einem jeden zu ermöglichen, bietet die Firma Akademische Buchhandlung R. Max Lippold die ganz besondere Annehmlichkeit, dass all diese Werke gegen bequeme vierteljährliche Teilzahlungen von je 5 Mk. bezogen werden können. Dieses überaus günstige Anerbieten wird manchem Veranlassung geben, sich das eine oder andere Werk anzuschaffen. Die Lieferung erfolgt vollständig portofrei und ohne besondere Spesen des Bestellers. Auch erhöht sich der Verlagspreis durch die bequeme Teilzahlung nicht um einen Pfennig.

Import und Lager von Bambus- und Tonkinstäben für Pflanzen, Spaliere, Stangen etc. Bast- und Kokosstricke Hesselmann Gebr., Hamburg 8.

Kakao von ganz besonderem Wohlgeschmack, unbedingter Löslichkeit und grösster Ergiebigkeit versendet 1/2 Kilo Mk. 1.—, bei 1/2 Kilo Mk. 5.— franko. Kakao-Walther, Halle a. S., Mühlweg 20.

Holzwohle geruchfrei, bis zur feinsten Seidenholzwohle, auch grüne, ca. 20—30%, leichter als Kieferholzwohle, empfiehlt Lochmühle, Wernigerode.

Seit 20 Jahren bewährt! Gärtners Hose unzerreissbar, praktische Erdarbeit, Segeltuchfaschen und Gesässstasche. Qualität I Mk. 5.80, Qualität II Mk. 4.50. Bei Sammelbestellung 5% u. franko Lieferung. Anprobe der Leibweite unentgeltlich. J. Goldstein, Versandhaus f. Berufskleidung, Gebr. 1892, BERLIN W. 57, Jork Str. 51, Tel. Amt Lützow 6361.

Stellen-Gesuch Verheiratete Gärtnere für Obst- und Gemüscbau in der Nähe von Cöln gesucht. Berlin, Königstrasse, unter Ziffer 8. 2.

Stellen-Angebot Tüchtige gewandte Dame, welche lange Jahre ein eigenes Blumen-geschäft gehabt hat, sucht Filiale oder ähnliche Stellung. Hauptpostlagernd Berlin, Königstrasse, unter Ziffer 8. 2.

Pflanzler 6-Pfg.-Zigarre von rein überseeisch. Tabak, 100 Stück 3.50 Mk. Porto extra. 600 Stück frko. per Nachn. Nur Qual. Karl Beck, Hartha i. Sa. Direkt. Bezug. Garant. Zurücknahme.

Für Zentralheizungen liefere billigst englischen Gas- und westfälischen Schmelzkoks. Herm. Thiele, Zehlendorf, Telephon 184. Regenmäntel a. garant. wasserd. Oeltuch, ferner Oel-Jacken, Hosen, Ueberzugsbekleidung, Hüte etc. Fabrikneuerlage von Gummi- und Leder-Mänteln. Preis billigst. Hauptkatalog und Proben gratis. Norddeutsch. Regenmäntelversandhaus Holzatia, Fritz Kracht, Lütjensee i. Holst. Gegründet 1898.

Aufruf! Alle, welche den Aufenthalt des Gärtners Otto Schmalz oder dessen Adresse wissen, bitte ich höflichst, mich davon in Kenntnis zu setzen. In voraus dankend Herm. Freudenberg, Bialystok, Russland, Nikolaistr. 16.

Gärtner-Lehranstalt Institut der Landwirtschaftskammer. Oranienburg b. Berlin Beginn des Wintersemesters am 16. Oktober. Kursusdauer für Gehilfen 1 Jahr. Die Anstalt bietet Gehilfen Gelegenheit zur gründlichen theoretischen Ausbildung auf allen Gebieten der Gärtnerei. Reichhaltiges Demonstrationsmaterial im Anstaltsgarten und Exkursionen nach den bequem und mit geringen Kosten zu erreichenden Königlichen Gärten und den bedeutendsten Handelsgärtnereien und Obstkulturen von Berlin und seiner Umgebung. Lehrlinge, die Neigung zum Beruf haben, werden in der Anstaltsgärtnerei praktisch ausgebildet. Billige Pension in der Anstalt. Sieben etatmässig angestellte Lehrkräfte. Prospekt, aus dem alles Nähere zu ersehen ist, versendet kostenfrei Die Direktion.

Grossartige Neuheit! Elfriede Bergemann-Erdbeere! Geschmack und Aroma wie die Wald-erdbeere. Ausserordentlich ertragreich — trägt bis Frost eintritt. 25 Pflanzen extra stark 3.— Mk. 100 starke Teilpflanzl. 10.— Mk. Bergemann Erdbeer-Kultur Wildpark 5, bei Potsdam.

Erste Gärtnerei einer Provinzstadt Westpreussens, gute Brotstelle, Garten zirka 1 1/2 Morgen gross, Laden und Wohnung an verkehrsreicher Strasse, zusammengeleg., ist vom 1. Oktober 1912 ab zu vermieten. Offerten unter G. Z. 429, Josef Wichterich, Amn.- Expedition, Leipzig, Schillerstrasse 7.

Roter Laden Schöneberg, Hauptstrasse 108 Spezialhaus für Arbeiter- u. Berufskleidung Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich vermerkt und streng fest. Erprobt gute Ware bei billig. Preisen. Versand gegen Nachnahme.

Beim Einkauf beziehe man sich auf die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung

Ortsverwalt. Frankfurt a. M. Bezirk Offenbach. Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege Augustin Höhl am Freitag, 23. Aug., verstorben ist. Ehre seinem Andenken. D. V.

Verkehrslokale für Gärtner.

Alle Zuschriften wegen Aufnahme von Lokalen unter dieser Rubrik sind ausschliesslich an die alleinige Inseratenverwaltung der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“, Josef Wichterich, Leipzig, Schillerstrasse 7, zu richten.

- Aachen. Restaurant z. Reichsadler, Adalbertstrasse 92. Versamm. alle 14 Tage. Ausk. d. dortselbst. Barmen. Gasthaus: Albert Vogel, Rüdigerstr. 16. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 2. Samstag im Monat. Herberge: Gewerkschaftshaus, Parmentstr. Bureau u. Stellennachw.: Gewerbeschulstr. 107. 1. Eingang Heiderstr. 34. Berlin N. Rest. P. Dümke, Weissenburger Str. 67. Vers.-Lok. d. Bezirks Berlin N. Vers.-j. 1. Mittwoch i. Monat. Bielefeld i. W. St. Bielefeld, Marktstr. 8. Vers. 2. u. 4. Samstag i. Monat. Unterstützung u. Herberge bei Freese, Heeperstrasse 52. Blankenese. Restaur. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Versammlung Sonnabend nach dem 1. u. 15. Bonn a. Rh. Rest. z. weiss. Haus, Sternstr. 55 (a. Dreieck). Vers. Samst. n. d. 1. u. 15. j. Mon. Ausk. d. dortselbst. Bremen. Beerboms Etablissement, Schwachhauser Chaussee 213. Bez.-